

## Die internationalen Wirtschaftsorganisationen\*

Von KURT BRUNBAUER

Mit der „Enteuropäisierung“ der Weltwirtschaft seit dem Ersten Weltkrieg entstand für den Schulgeographen die Aufgabe, den reiferen Schülern der Oberstufe die Problematik dieses Vorganges in ihrer vollen Bedeutung zu zeigen. Denn neben den Bildungsinhalten soll die Geographie auch eine Reihe wichtiger Tatsachen vermitteln, die heute geradezu zum täglichen Leben gehören. Ich meine besonders das Wissen um die Vorgänge auf dem Wirtschafts- und Geldsektor, da doch zu zeigen ist, wie sehr unser eigenes Leben, unser Lebensstandard, unser Streben nach einer wirtschaftlich gesunden Zukunft von den Faktoren der Weltwirtschaft abhängig sind.

Es ist selbstverständlich, daß der Lehrer weder Nationalökonom noch Exportkaufleute heranbilden will, jedoch ist es angezeigt, auch in der Mittelschule ein Minimum an zeitgemäßem Wirtschaftswissen zu vermitteln. Dies ist nicht nur eine schulische Forderung, sondern auch eine staatspolitische. Niemand wird leichter Kritik üben und soziales und wirtschaftliches Unverständnis an den Tag legen als jener, der von der Verzahnung, der Weiträumigkeit und Schwierigkeit ökonomischer Fragen niemals etwas gehört hat. Zeitungsartikel, die informieren könnten, werden unverstanden überlesen bzw. gar nicht beachtet. Wertvolle Ergänzungen zum Weltbild können nicht gemacht werden.

Fast jede Woche berichtet die Weltpresse über internationale Wirtschaftsorganisationen — GATT, Währungsfonds (IMF), Weltbank, IFC, OEEC und EZU. Diese Institutionen in ihrer vollen Bedeutung den Schülern erklären, heißt, ihnen die Weltwirtschaft von heute zeigen.

Sie sind das Ergebnis bitterer Erkenntnisse. Der Erste Weltkrieg hatte der liberalistischen Epoche ein Ende gesetzt, die, getragen vom allgemeinen Vertrauen auf die Zukunft, getragen von dem Vorsprung der europäischen Industrie und von den Expansionsmöglichkeiten, auf dem Gebiete gegenseitigen Warenaustausches und Geldverkehrs keinerlei bedeutende Schranken oder Behinderungen kannte.

Liberalisierung, Konvertibilität — heute kaum erreichbare Ziele — waren Selbstverständlichkeiten. Auf der Geldseite ruhte diese liberale Weltwirtschaft auf dem Goldstandard, der die Weltrelationen zwischen den Währungen stabilisierte und die Schwankungen der nationalen Preisniveaus vom Verrechnungsektor ausschaltete. Wohl war der Goldstandard Vertrauenssache — eine vollständige Golddeckung gab es nie (15% ige Deckung in Österreich-Ungarn) — dennoch war diese „Als-Ob-Vorstellung“ ausreichend für das klaglose Funktionieren des Wirtschaftsorganismus. Da Vertrauen herrschte, wurde dieser Gold-

\* Die Grundlagen dieser Skizze sind zur Gänze Zeitungsmeldungen, Publikationen der intern. Organisationen und verschiedener Banken entnommen. Die Literaturangaben bieten Anhaltspunkte für den Leser, sich auch in Zukunft laufend zu informieren.

standard nie über das normale Maß belastet, d. h. Gold wurde nur vorübergehend für den Ausgleich der Zahlungsbilanzspitzen herangezogen.

Der Erste Weltkrieg zerstörte nicht nur das liberale Wirtschaftssystem und damit die Grundlage des Goldstandards, sondern, was ärger war, auch das gegenseitige Vertrauen und die guten Sitten. Auf der Warenhandelsseite waren Schutz- und Prohibitivzölle, ungesunde Exportförderung, Dumping, kurz der Wirtschaftskrieg in allen möglichen Formen die Folge des Bestrebens jedes Staates, sich aus dem Strudel der Krise herauszuhalten. Die Nachfolgestaaten, Teile eines früheren großen Wirtschaftsgebietes, bauten hinter hohen Zollschranken an ihrer nationalen Wirtschaft, die Verliererstaaten, durch Reparationen ausgeweitet, schieden als Handelspartner vorerst überhaupt aus. Auf der Geldseite kam es teils durch Reparationen, teils durch Anleihen zur gigantischen Verschuldung Europas — der Anteil Europas am Weltvermögen sank von 50 auf 35%. Das Gold, der Garant klaglosen Geldverkehrs zwischen den Nationen, wurde zur reinen Ware, der Wertstrom vom Warenstrom getrennt, und in großer Überschätzung zuerst das Gold der Verlierer, später fast die gesamte Goldproduktion von den USA aufgenommen, als Gegenwert ihrer aus dem Reichtum geborenen Exporte für die nationale Wirtschaftspolitik verwendet. Der wachsende Golddruck und wirtschaftliche Krisen zeitigten eine Reihe von Abwertungen, die nicht selten eigene Schwierigkeiten auf alle anderen Länder abwälzten.

Der langfristige Kapitalsverkehr, der das Rückgrat internationaler Investitionen ist, wurde so der Goldsicherung beraubt; das Ausmaß der Fremdinvestitionen sank rapid. Weltwirtschaftskrise und darauffolgendes Wettrüsten bedeuteten vollkommene Stagnierung weltweiten Planens und Wirtschaftens.

Aus dieser erschreckenden Bilanz, deren Folge der Zweite Weltkrieg war, zogen die Westmächte, besonders die USA, die Erkenntnis für den Neuaufbau der Weltwirtschaft nach dem letzten Kriegsende. Es war die Erkenntnis, daß selbst unscheinbare Störungen und Krisen entfernter oder kleiner Staaten große Rückwirkungen auf die mächtigsten Länder haben können, daß es aus diesen Gründen keine Verlierer, keine „Habenichtse“ geben dürfe, daß alle Staaten zusammenarbeiten müßten, um wieder eine Weltwirtschaft zustandezubringen.

Die Atlantik-Charta (1941)<sup>1</sup> bedeutet den Beginn neuen Denkens. Die Großmächte sollen sich bemühen, „allen Staaten, ob klein oder groß, ob Sieger oder Besiegte, unter gleichen Bedingungen den Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu gewähren“.

Die Dumbarton-Oaks-Konferenz (1944) befaßte sich mit dem „Entwurf über die Grundlagen einer Internationalen Organisation“. Aus diesem Entwurf entstand die Charta der Vereinten Nationen (San Francisco, 18. 4.—26. 6. 1945). Zur Koordinierung aller Wirtschaftsfragen gründete man den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO.

Die Weltwirtschaftskonferenz von Havanna (1947) entwarf die Grundzüge einer „Internationalen Handelsorganisation“ (ITO), die jedoch niemals verwirklicht werden konnte. Die wesentlichsten Züge der Havana-Charta gingen nicht verloren, sie wurden vom „GATT“ übernommen.

Das „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) ist das Ersatzabkommen für die ITO. Es wurde durch Beschluß der Mitgliedsstaaten unmittelbar rechtswirksam (1. 1. 1948).

<sup>1</sup> Wissenswertes über das GATT. Rheinisch-Westfälische Bank AG, Aug. 1953.

Die UNO setzte folgende Ziele fest:

1. Erhöhung des Lebensstandards und steigendes Realeinkommen.
2. Verwirklichung der Vollbeschäftigung.
3. Mobilisierung aller Hilfsquellen der Welt.
4. Steigerung der Produktion und des Warenaustausches.

Das G A T T - A b k o m m e n soll die Wege zur Verwirklichung dieser Ziele anbahnen, — ebenso wie auch alle anderen Organisationen, die noch zu besprechen sind — und zwar durch die folgenden Maßnahmen:

1. Herabsetzung der Zölle.
2. Abbau der Subventionen und Doppelpreise.
3. Beseitigung der Diskriminierung, d. h. der Benachteiligung fremder Waren.
4. Einräumung der allgemeinen und unbedingten Meistbegünstigung.

Wohl sind Zölle Hemmnisse für den Handel, wirken sich aber allg e m e i n auf die Importe z. B. einer Warengruppe aus. Ist man bereit, den Zoll zu bezahlen, ist trotzdem ein Wettbewerb zwischen ausländischen Erzeugern und den des betreffenden Landes möglich. Schwerwiegender sind quantitative Beschränkungen des Handels. Meist mit devisarechtlichen Bestimmungen verbunden, bedeuten sie eine Unterbindung des Handels, eine Ausschaltung des Wettbewerbs, d. h. Diskriminierung. Liberalisierung bedeutet also die Aufhebung dieser mengenmäßigen Beschränkungen.

Daher sollen Einfuhrbeschränkungen nur in dringenden und wichtigen Fällen erlaubt sein, wie zum Schutze der Landwirtschaft (kein Land kann die eigene Agrarproduktion völlig der ausländischen Konkurrenz ausliefern) oder der Fischerei (in Staaten, die zum Großteil in dieser Sparte tätig sind, also ein Problem der Vollbeschäftigung haben) oder der Industrie (bei Neu- oder Wiederaufbau kriegszerstörter Industrie) oder bei Devisenverlust (zur Verhinderung großer Zahlungsschwierigkeiten).

Solche Bestimmungen bedürfen selbstverständlich der Sanktionierung der GATT-Mitglieder. Ist ein Vertragspartner gezwungen, den Umfang der geschützten Wirtschaftssektoren zu vergrößern, müssen alle anderen verständigt werden und die Organisation wird versuchen, eine Lösung zu finden, die für alle tragbar ist („multilaterale Verhandlungstechnik“). Ziel ist auch die Beseitigung der Zölle; so werden Zollunionen begrüßt. Alle nichtbeteiligten Länder müssen gleich behandelt werden, und die Zollsätze der Union dürfen nicht über dem Durchschnitt der alten nationalen Zölle festgesetzt werden. Auch die Montanunion ist als Organisation Mitglied des GATT, doch sind die Montanstaaten auf dem Gebiet der Kohle und der Erze selbstverständlich von der Meistbegünstigungsklausel befreit.

Im Grundsatz der Meistbegünstigung ist der Weg zu multilateralem Handelsverkehr beschritten. Die große Schwierigkeit liegt im wirtschaftlichen Gegensatz zwischen den Industrieländern und den sog. unterentwickelten Ländern. Jene unterstützen den Freihandel und die Liberalisierung, diese plädieren für die Beibehaltung der Beschränkungen. Die Haltung der USA war schwankend. In den ersten Nachkriegsjahren waren sie Verfechter des Freihandels, nun, spürbar durch das wachsende westeuropäische Potential erschreckt, neigen sie merklich zum Protektionismus.

Die „Revision des GATT“ (1955) und die IV. Tagung (1956) zeigten sogar einen gewissen Rückschlag, die Anzahl der Ausnahmegenehmigungen, der sog.

„waiver“ stieg, besonders dadurch, weil die unterentwickelten Länder, — mit rund einem Drittel der Stimmen, ihre Interessen wahrgenommen haben.

Die Anpassungsfähigkeit des GATT war bisher seine Stärke, insofern diese Politik in der ersten Nachkriegszeit den Staaten das Mitgehen erleichterte. Sie könnte aber auch zu einer Schwäche werden, wenn die „Politik der weichen Grundsätze“ das Abkommen mit der Zeit aushöhlen würde.

Das Verhältnis zwischen den Industrie- und Rohstoffländern ist kein sehr freundliches, da das Handelsvolumen allgemein eine sinkende Tendenz zeigt. Die Erzeugung synthetischer Ersatzstoffe in den Industrieländern und die überstürzte Industrialisierung bisher unterentwickelter Länder, die die Rohstoffherzeugung vernachlässigten, haben dazu geführt. Die Rohstoffländer fordern internationale Regelungen zur Sicherung des Absatzes und stabiler Preise. Auf die Dauer werden sich die Industriestaaten keine Politik leisten können, die den Interessen der Rohstoffländer widerspricht<sup>2</sup>.

Besondere Schwierigkeiten entstanden bei der Aufnahme Japans. Wohl stimmte man nach langem Zögern dem Beitritt bei, — schon aus politischen Gründen, 14 Staaten aber verweigerten die Meistbegünstigungsklausel<sup>3</sup>. Japan ist durch die Erinnerung an seine Dumpingmethoden vor dem Zweiten Weltkrieg sehr belastet. Die GATT-Staaten fordern Sicherheitsklausel gegen eine Wiederholung und sind nur sehr schwer von den geänderten Verhältnissen in Japan zu überzeugen<sup>4</sup>.

Bei den großen Unterschieden und Schwierigkeiten wird erst die volle Bedeutung des GATT klar. Die ersten Schritte der Koordinierung der Weltwirtschaft auf dem Gebiet der Zölle und der Liberalisierung sind deshalb sehr ermutigend. Rund 60.000 Zolltarifpositionen wurden bis 1956 gesenkt<sup>5</sup>, die Liberalisierung unter den OEEC-Ländern zu 90%, zwischen diesen und den Dollarländern wohl unterschiedlich, allgemein aber doch erfolgreich durchgeführt.

Alle weiteren Fortschritte werden naturgemäß langsam erfolgen, wenn man mit Sicherheit erreichen will, daß alle Länder die Beschlüsse des GATT respektieren.

Die Bemühungen um die Neugestaltung der Weltwirtschaft bezogen sich auch auf den Geld- und Zahlungssektor. Der Ursprung der neuen Institutionen: „Internationaler Währungsfonds“ und „Weltbank“ liegt ebenfalls noch in der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

1944 tagte in Bretton Woods eine Weltwährungskonferenz, bei der alle alliierten Staaten vertreten waren, um über die Nachkriegs-Geldprobleme zu beraten. An eine Rückkehr zum Goldstandard war nicht zu denken, jedoch an eine Rückkehr zu einer durch Vertrauen und durch Zusammenarbeit getragene Weltwirtschaft.

Als Ziele des W ä h r u n g s f o n d s (IMF = International Monetary Fond) stellen sich vor:

1. Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik.
2. Förderung der Stabilität und Verhinderung der Inflation.
3. Ausweitung des Welthandels durch Einrichtung eines multilateralen Zahlungssystems und durch Abbau der Devisenbeschränkungen.
4. Der IMF stellt Mittel bei, um Unausgeglichheiten der Zahlungsbilanz zu bereinigen.

<sup>2</sup> Die Gegenwart. 12. Jg., Nr. 3, 9. 2. 1957, „Die Krise des GATT“.

<sup>3</sup> Basler Nachrichten, Nr. 441 vom Oktober 1956.

<sup>4</sup> Siehe Anm. 1.

<sup>5</sup> Die Gegenwart. 11. Jg., Nr. 12, 16. 6. 1956, „Das GATT in der 4. Runde“.

## 5. Gewisses Aufsichtsrecht des Fonds, um Krisen verhindern zu können.

Mit dem Kriegsende übernahm der IMF die schwierige und undankbare Aufgabe, die Paritäten der durch Kriegszeit zerrütteten Währungen festzusetzen. Dies geschah für die Währungen von 32 Ländern am 18. Dezember 1946. Um nicht von Anfang an zu tief in die innerstaatlichen Belange eingreifen zu müssen, übernahm der IMF — trotz mehrfacher Kritik — die staatlichen Zwangskurse. Jedoch handelte es sich nicht um eine Verewigung falscher Wertrelationen, sondern nur um eine Grundlage, auf der ein Handels- und Zahlungsverkehr aufgebaut werden konnte. Seither sind eine Reihe von Paritäten geändert worden, jedoch im Einvernehmen mit der zentralen Behörde. Um eine gewisse Stabilität innerhalb der internationalen Beziehungen zu erreichen, dürfen Mitgliedsstaaten ohne Bewilligung des IMF keinerlei Ab- bzw. Aufwertungen über 10% der ursprünglichen Höhe vornehmen. Die rasche Ausweitung des Nachkriegshandels bewies die Richtigkeit dieses Vorgehens. Die Basis aller Währungen berechnet man auf Grund des Goldpreises vom 1. Juli 1944: 1 Unze Feingold = 35 Dollar. Gold wurde mit diesem Kurs zum internationalen Zahlungs- und Verrechnungsmittel.

Die Organisation des Währungs fonds umfaßt „ursprüngliche“ und „andere“, d. h. nach 1945 beigetretene Mitglieder. Rechtlich besteht kein Unterschied. Jeder Staat hat eine auf Größe und Wirtschaftskraft berechnete Quote einzubezahlen, die das Geschäftskapital von 8,85 Mrd. Dollar bildet. Eine gekürzte Übersicht zeigt die Staffelung:

USA . . . . .	2,75	Mrd. Dollar	
UK . . . . .	1,30	„	„
UdSSR . . . . .	1,20	„	„ (ausgefallen!)
China . . . . .	0,55	„	„
Frankreich . . . . .	0,45	„	„
Ind. Union . . . . .	0,40	„	„
[Österreich . . . . .	0,05	„	„ ]

25% der Quote sind in Gold einzuzahlen. Falls ein Staat diese Goldmenge nicht aufbringen kann, tritt an deren Stelle 10% des Gold- und Devisenbestandes und die Restsumme wird durch Landeswährung und Schatzscheine aufgebracht.

Jeweils nach 5 Jahren prüft das Direktorium, dem die Geschäftsführung obliegt, die Quotenhöhe. Das Direktorium besteht aus fünf ständigen, von den Hauptaktionärländern gestellten und aus sieben gewählten Vertretern. Sitz der Zentrale ist Washington. Sie kann keine Entscheidung treffen, sondern nur die jährliche Gouverneursversammlungen, die aus den Delegierten aller Mitgliedsstaaten besteht.

Bei fehlender Konvertibilität sind Devisenengpässe die Regel. Sie sind handelshemmend und oft der Beginn von Krisen. So soll der IMF grundsätzlich die Möglichkeit bieten, fremde Währungen mit eigener Landeswährung zu kaufen (Höchstgrenze ist in der Höhe von 25% der Quote vorgesehen), wobei aber der Betrag innerhalb eines Jahres zurückzuerstatten wäre. Die zweite Möglichkeit besteht in direktem Devisenkauf mit Gold, wobei der vom Fonds festgesetzte Goldkurs sich günstig auswirkt.

Erst seit dem Wirken des Marshall-Planes konnte von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden, denn vorher war der Bedarf an Devisen so stark, daß die Fondsmittel nicht ausgereicht hätten.

In der Praxis war das Ansehen des IMF bis 1956 nicht sehr groß, man nannte ihn bürokratisch, träge und wenig „engagiert“. Tatsächlich wurden in

den ersten zehn Jahren seines Bestehens nur geringe Transaktionen durchgeführt, so 1,2 Mrd. Dollar als Währungskredite ausgegeben, von denen Ende 1955 nur mehr 391 Mill. Dollar ausstanden<sup>6</sup>. Die Staaten verfügten entweder über genügende Devisenbestände, oder bekämpften vorübergehende Engpässe mit den alten Mitteln, wie Bewirtschaftung und Handelsbeschränkungen. Es war für die Staaten auch wenig reizvoll, den IMF zu konsultieren, schon wegen der Einmischung des IMF. Die Mittel waren für den äußersten Notfall gedacht. Seit Herbst 1956 erhöhte sich plötzlich die Aktivität. In wenigen Monaten kreditierte er mehr Kapital als in den vergangenen Jahren<sup>7</sup>, vom April 1956 bis Februar 1957 1,833 Mrd. Dollar! Davon entfielen

auf Großbritannien 1,3 Mrd. Dollar (das ist die Gesamtquote!),  
auf Frankreich 0,2625 Mrd. Dollar (das sind 50% der Gesamtquote),  
auf Indien 0,2 Mrd. Dollar.

Der Rest entfiel auf Peru, Chile und Bolivien. Argentinien bekam etwas später außerdem noch 75 Mill. Dollar<sup>8</sup>.

Was waren die Gründe für diesen Wandel?

Die Suezkrise bedeutete nicht nur eine machtpolitische Krise für Großbritannien und Frankreich, sondern auch eine wirtschaftliche. Der Anteil des Erdöls am Energiebedarf beider Länder beträgt 12 bzw. 21%. Besonders Großbritannien als Erdölerzeuger hatte bisher billige Einkaufspreise gehabt. Nun mußte es die um 40% gestiegenen Weltmarktpreise in Dollar zahlen! Die starke Belastung der Devisenreserven (zwischen August und Dezember 1956 sanken sie um 1 Mrd. Dollar!), der Wille der britischen Regierung trotzdem die Zahlungsparität und die Liberalisierung aufrechtzuerhalten, zwang, den IMF zu Hilfe zu rufen<sup>9</sup>. Ähnlich war die Situation in Frankreich. Beiden Ländern gemeinsam war die Vertrauenskrise zur Währung infolge problematischer militärischer Aktionen, die schleichende Inflation und die Verschlechterung der Zahlungsbilanz (siehe EZU!).

Hätte in diesen Monaten der IMF nicht schlagartig geholfen so hätte die Suezkrise einen nicht abschätzbaren Rückschlag der Weltwirtschaft bedeutet. Man spricht daher von einer „Feuerwehrfunktion“ des IMF. Anderer Natur sind die Währungskredite für die Ind. Union, Peru, Chile und Argentinien. In diesen Ländern bekämpft man „Wachstumsschmerzen“<sup>10</sup> dieser Staaten, die durch die Strukturwandlungen ihrer Wirtschaft entstehen.

Der Aufbau der Industrie erzeugt einen ungeheuren Devisenbedarf, der auf normale Art nicht aufgebracht werden kann.

Die Lebensberechtigung des IMF ist somit bewiesen worden, es ist nur zu wünschen und zu hoffen, daß diese Organisation nicht oft in Tätigkeit wird treten müssen.

Die Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development bzw. World Bank) stellte sich die Aufgabe, die Umstellung der Kriegsindustrie und Kriegswirtschaft auf das Friedensniveau krisenlos zu gestalten, den Wiederaufbau kriegszerstörter Wirtschaftsgebiete zu erleichtern und zurückgebliebene Länder in die Weltwirtschaft einzubeziehen. Bereitgestellte Kredite und

<sup>6</sup> Die Gegenwart. 11. Jg., Nr. 18, 8. 9. 1956.

<sup>7</sup> Merkblätter für den Außenhandel. Dresdner Bank AG, Neue Folge, Nr. 24, 3. 3. 1957, „Aktiver Währungsfonds“.

<sup>8</sup> Neue Züricher Zeitung. 27. 4. 1957. Neues Österreich. 28. 4. 1957.

<sup>9</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung. 25. 6. 1957, „Der Währungsfonds gewinnt neue Bedeutung“.

<sup>10</sup> Neue Züricher Zeitung. 12. 4. 1957.

Bank deutscher Länder. Auszüge aus Presseartikel, Nr. 33, Frankfurt/Main, 29. 3. 1957.

<sup>10</sup> Neues Österreich. 28. 4. 1957.

Investitionsmengen sollen jenen Goldstrom bilden, der notwendig ist für die großen Aufgaben, die die UNO gestellt hat. Förderung des Welthandels durch Einbeziehung aller Hilfsquellen ist die Losung.

Die Organisation der Weltbank gleicht der des IMF (Direktorium, Gouverneursversammlung). Eine Reihe von Ausschüssen hat die Vorarbeiten zu leisten, der wichtigste ist der Anleiheausschuß.

Das Kapital der Weltbank besteht aus 10 Mrd. Dollar, das ebenso aus den Quoten der Mitgliedsländer besteht wie beim Währungsfond. 20% der Quoten sind bis 1957 zur Zahlung aufgerufen. Das heißt, jedes Land zahlte zuerst 2% der Quote in Gold oder in Dollar ein, über die die Weltbank sofort und beliebig verfügen konnte. 18% der Quote stellten die Länder in Form von Schatzscheinen zur Verfügung, jedoch kann dieser Betrag nur mit Zustimmung des betreffenden Landes verausgabt werden, d. h. er muß „deblockiert“ werden. 80% stehen auf Abruf, stellen also ein Kapital dar, auf welches die Bank nur zurückgreifen darf, sofern die fälligen Verpflichtungen nicht anders honoriert werden können<sup>11</sup>. Im Mai 1957 appellierte die Weltbank an ihre Mitglieder, die 18% zu deblockieren. Neben dieser regulären Geldaufbringung steht der Weltbank das eigentliche Bankgeschäft zu (Verkauf von Weltbankaktien, Anleiheausschreibungen), welches zusätzliche Kapitalien mobilisiert.

Zum Aufbau kriegszerstörter oder unterentwickelter Wirtschaftskörper benötigt man langfristige Kapitalien zu normalem Zinsfuß. Bei der heutigen großen Nachfrage wären diese nur sehr schwer zu bekommen. Hier setzt die Tätigkeit der Weltbank ein. Ersucht ein Staat um Kredit, so wird zuerst eine genaue Wirtschaftsanalyse erstellt. Nur wenn es unmöglich ist, im Lande selbst das Kapital aufzutreiben, wird der Kredit bewilligt. Der Staat ist für die widmungsgerechte Verwendung des Geldes und für die Rückzahlung Bürge.

Die wirtschaftliche Beratung ist ein weiteres Wirkungsgebiet der Weltbank. Sie fördert die internationale Zusammenarbeit und verhindert Fehlinvestitionen. Jedes Mitgliedsland kann die Weltbank um Entsendung einer Studienkommission ersuchen, deren Aufgabe die Erstellung eines Wirtschaftsgutachtens ist. Meist ist dieses erst die Grundlage eines Kreditansuchens. Darüber hinaus hat aber die Weltbank das Recht, von sich aus Kontrollkommissionen zu entsenden. Diese entscheiden auch die Dringlichkeitsstufe verschiedener Projekte in benachbarten Staaten — immer im Hinblick auf die nationalen Bedürfnisse und auf die internationale Zusammenarbeit.

Die Wirtschaftskommissionen waren der Grund des Ausscheidens der Ostblockstaaten aus der Weltbank. Sie sahen in ihnen einen Eingriff in die Hoheitsrechte. Auch waren die Auffassungen über die Wirtschaftspolitik zu abweichend, als daß eine gute Zusammenarbeit möglich gewesen wäre.

Die Weltbank hat eine äußerst erfolgreiche Arbeit geleistet. Seit ihrer Gründung (1946) vergab sie bis März 1957 164 Anleihen an 44 Länder in der Höhe von 3.052.800.000 Dollar<sup>12</sup>. Die ständig zunehmende Zahl der Mitgliedsstaaten beweist ihre Wichtigkeit für den Strukturwandel der Wirtschaft. Mit der Aufnahme von Viet-Nam und Argentinien erhöhte sich die Zahl auf 60 (Stand Jänner 1957).

Die Leistungen der Weltbank im Jahre 1956 mögen einen Einblick in ihre Arbeitsweise geben<sup>13</sup>.

<sup>11</sup> Wiener Zeitung. 18. 5. 1957.

<sup>12</sup> Wiener Zeitung. 13. 3. 1957.

<sup>13</sup> Neue Züricher Zeitung. Nr. 29, 30. 1. 1957.

Austria Economist. Nr. 4, Blatt 7, 5. 1. 1957.

Anleihehöhe 1956: 507,4 Mill. Dollar (die bisher höchste Jahressumme)  
in Form von 24 Darlehen an 17 Länder.

223,5	Mill. Dollar	= 44%	für Kraftwerke
163,—	„ „	= 32%	„ Modernisierung bzw. Neuaufbau von Industrien
71,—	„ „	= 14%	„ Verkehrserschließung und Transportwesen
49,9	„ „	= 10%	„ landwirtschaftliche Entwicklung, Bewässerung und für die Forstwirtschaft
507,4	Mill. Dollar	100%	

Aufschlüsselung nach Kontinenten und Ländern  
(in Mill. Dollar):

<b>Europa:</b>		<b>Asien:</b>	
Österreich	31,—	Burma	19,35
Italien	74,63	Ind. Union	95,—
Finnland	15,—	Japan	32,4
Norwegen	25,—	Thailand	3,4
	<hr/>		<hr/>
	145,63 = 28,7%		150,15 = 29,59%
<b>Afrika:</b>		<b>Lateinamerika:</b>	
Zentralafri- Föderation	80,—	Ecuador	5,—
	<hr/>	Haiti	2,6
	80,— = 15,76%	Nicaragua	4,8
		Kolumbien	16,5
<b>Australien:</b>		Costa Rica	3,—
	59,23 = 11,66%	Uruguay	25,5
		Chile	15,—
			<hr/>
			72,4 = 14,2%

Eine Durchsicht der Widmungen aller bis 1956 vergebenen Anleihen gäbe in kürzester Zeit eine Information über die Veränderungen in der Weltwirtschaftsgeographie der letzten 10 Jahre. Es ist hier nicht möglich, die vielen Positionen anzuführen. Es mögen Beispiele aus dem Jahre 1956 einen Einblick geben<sup>14</sup>.

**Österreich:** Ausbau von Ybbs-Persenbeug und der kalor. Kraftwerke St. Andrä und Voitsberg.

**Italien:** Bewässerungsanlagen in Sardinien („Flumendosa“), Industrialisierung Siziliens und Sardiniens, Wasserkraftanlagen im Hauptgebiet Italiens.

**Chile:** Ausbau der Wasserkräfte.

**Australien:** Beschaffung eines neuen Flugzeugparks, Meliorationen im Inneren des Kontinents.

**Japan:** Ausbau der Stahlindustrie (bes. Kaltwalzwerke), Förderung der Landwirtschaft, bes. der Molkereiviehzucht im Norden.

<sup>14</sup> Austria Press Agentur (APA) lt. Reuter, New York, 1. 3. 1957.

Supplement of the eleventh Annual Report of International Banc of Reconstruction and Development, 1957.

Die Presse. 3. 4. 1957.

Die Presse. 17. 4. 1957.

Neues Österreich. 4. 8. 1957.

Verfasser verweist auf die halbjährig erscheinenden Mitteilungen der Weltbank, den sog. Press releases, in denen eine Liste der vergebenen Anleihen mit allen Einzelheiten abgedruckt ist.

- Thailand:** Arbeiten am Großhafen Bangkok, Beseitigung der Untiefen vor der Küste, Bau eines Kanals
- Ind. Union:** Ausbau der Stahlwerke (Tata Iron and Steel Corporation Ltd.) = größtes Darlehen der Weltbank! 75 Mill. Dollar, Ausbau des Eisenbahnnetzes (Wachsender Druck der neuen Industrie auf die ungenügende Leistungsfähigkeit der veralteten Bahnen).

Bemerkenswert ist, daß Länder mit unsicheren politischen und wirtschaftlichen Zuständen keine Kredite erwarten dürfen<sup>15</sup>. So bekamen der arabische Raum und Brasilien keine Finanzhilfe, andererseits Persien im Jänner 1957 einen 75 Mill.-Kredit (20 Jahre Laufzeit bei 4½%) für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, was einer Wiederherstellung des Ansehens seit den Zeiten Mossadeqs gleichkommt<sup>16</sup>. Auch der IMF-Kredit an Argentinien gehört in diese Reihe. Er ist eine Hilfsaktion zur Liquidierung des Erbes Peron's und ebenfalls ein Vertrauensvotum für die neue Regierung.

Die Stellung Österreichs zur Weltbank möge noch kurz umrissen werden.

Österreichs Wirtschaftsentwicklung seit 1945 war bestimmt durch eine enge Verbundenheit mit den internationalen Organisationen. Österreich ist seinen Verpflichtungen vorbildlich und großzügig nachgekommen und hat dadurch eine großzügige Behandlung erfahren. Österreich braucht primär nichtimportgebundene, langfristige Kredite, — zum Ausbau der Wasserkräfte, der Industrie und des Bergbaues. Das zeitgerechte Einströmen des fremden Geldes ermöglichte den Anschluß an die Wirtschaft des übrigen Europa.

Die Kapitalimporte kompensieren auch zum Teil die Werte, die als Ablöselieferungen nach der UdSSR abwandern. Dadurch wird erreicht, daß die Lasten des Staatsvertrages, die die Investitionstätigkeit lahmlegen würden, auf längere Zeiträume verteilt werden und leichter getragen werden können<sup>18</sup>. Gänzlich gegen die Tradition der Weltbank, die sonst nur große Projekte unterstützt, wird Österreich 1957 einen 10 Mill.-Kredit zur Förderung der österreichischen Mittelbetriebe, die für unsere Wirtschaft typisch sind, bewilligt erhalten. Etwa 30 Betriebe (USIA!) der Textil-, Papier- und Elektrobranche können damit wettbewerbsfähig gemacht werden<sup>19</sup>. Erst 1959 bzw. 1960 beginnt die Rückzahlung der beiden ersten Weltbankanleihen (der Jahre 1954 und 1955). Die bis dahin fertiggestellten Objekte werden Österreich helfen, den Zinssatz von 4¾% und die Schuldsumme, deren Rückzahlung bis 1979 vorgesehen ist, leichter zu tragen<sup>20</sup>.

Die „International Finance Corporation“ (IFC)<sup>21</sup>. Im Juli 1956 gegründet, ist sie die jüngste Institution der „Internationalen“. Zwischen ihr und der Weltbank besteht eine grundsätzliche Aufgabenteilung. Tritt die Weltbank in Aktion, wo kein Privatkapital zu beschaffen ist, und beschränkt sie sich auf große Projekte unter staatlicher Garantie, soll die IFC die Privatindustrie fördern, und zwar durch Ergänzung des noch fehlenden

<sup>15</sup> Österreichische Neue Tageszeitung. 30. 6. 1957.

<sup>16</sup> Austria Press Agentur (APA). 23. 1. 1957.

<sup>17</sup> Neues Österreich. 28. 4. 1957.

<sup>18</sup> Die Mitteilungen des österr. Wirtschaftsinstitutes geben laufende Berichte über die Stellung Österreichs im Handels- und Zahlungsverkehr.

<sup>19</sup> Die Presse. 3. u. 17. 4. 1957.

<sup>20</sup> Über die übrigen Kredite konnte Verfasser keine Unterlagen bekommen.

<sup>21</sup> Österreichische Neue Tageszeitung. 17. 3. 1957. Die Presse. 18. 4. u. 24. 5. 1957.

Privatkapitals. Die IFC-Kredite sollen nie ein Drittel der aufgebrachten Geldmengen übersteigen; so werden staatliche Garantien unnötig. Bis Juni 1957 stellten 48 Staaten ein Grundkapital von 90,54 Mill. Dollar (Quote Österreichs 0,554 Mill. Dollar). Die Höhe der Kredite wird mit 2 Mill. Dollar begrenzt. Als erste Firma bekam der deutsche Siemenskonzern 2 Mill. Dollar (bei Eigenaufbringung von 8,5 Mill.) zum Aufbau der „Siemens do Brazil“, die in den nächsten Jahren die gesamten Elektrizitätsausbauten Brasiliens bestreiten wird<sup>22</sup>. Nach neuesten Meldungen bewerben sich auch österreichische Firmen um Kredite, da sie beabsichtigen, in Südamerika Zweigniederlassungen zu gründen<sup>23</sup>.

Abschließend eine Frage: Der Geographielehrer erläutert seinen Schülern das veränderte Weltbild, — das „Neue Indien“, das „Neue Afrika“ usw. Wäre es nicht gut, auch näher auszuführen, woher das Kapital, woher die Planung stammt?

Ein Sonderproblem des wirtschaftlichen Wiederaufbaus war Europa, kriegszerstört und nach wie vor kein einheitliches Wirtschaftsgebiet, sondern durch Grenzen und Zollmauern, durch Haß und Mißtrauen zerstückelt. Aus der Grundeinstellung, dieses Krisengebiet möglichst schnell einer wirtschaftlichen Gesundung zuzuführen, stellten die USA die notwendigen Kreditmittel in Aussicht (ERP — European Recovery Program bzw. Marshall-Plan). Die USA stellten nur eine Bedingung, daß die europäischen Staaten zusammenarbeiten. So entstand im Anschluß an das Inkrafttreten des Marshall-Planes die „Organization for European Economic Cooperation“ [OEEC], der alle europäischen Staaten angehören; ausgenommen sind die Ostblockstaaten und Finnland.

Die Ziele der OEEC decken sich im allgemeinen mit denen des GATT, also Koordinierung der Aufbauprogramme, Erreichung hoher Beschäftigungszahlen, Freiheit des Handels und des Zahlungsverkehrs, enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konjunktur- und Krisenkontrolle.

Oberste Instanz der OEEC ist der Rat mit dem ständigen Sitz in Paris (Chateau de la Muette). Der Rat selbst tagt nur nach Bedarf und besteht aus den Finanzministern der Mitgliedsstaaten. Die Beschlüsse müssen einstimmig erfolgen, denn alle Mitglieder sind gleichberechtigt. Dieses Verfahren ist wohl sehr zeitraubend, aber schließt alle stillen Vorbehalte aus, und Fachleute überlegen sich ein Veto, da sie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses vollkommen einsehen. Der Rat ist auch das Auditorium der jährlichen Rechenschaftsberichte der Minister über die Wirtschaftslage und über die Ansichten auf dem Bilanzgebiet. Ehrlichkeit der Berichterstattung ist in diesem Auditorium Selbstverständlichkeit, und die offene Aussprache ließ so manchen Minister bittere Wahrheiten hören.

Die Vorarbeiten für diese wichtigen Konferenzen erledigt der ständige Exekutivausschuß, der von 10 Delegierten gebildet wird (7 ständige Delegierte aus England, Frankreich, Westdeutschland und Italien, 3 wechselnd durch Wahl bestellte Vertreter).

Die OEEC ist eine Wirtschaftsorganisation, die wie die großen Weltorganisationen, die gleichen Probleme zu bewältigen hat. Und doch bekommen

<sup>22</sup> Neue Züricher Zeitung. 25. 6. 1957.

<sup>23</sup> Die Presse. 24. 5. 1957.

Die Situation der OEEC-Staaten (August 1957)

Staaten mit:

**Straffer Geldpolitik, d. h. Lenkung der Preis-Lohn-Politik**

Steigen der Lebenshaltungskosten gering! z. B. Westdeutschland 10—14% seit 1950

„Billige Länder“  
bezügl. des Fremdenverkehrs  
(Österreich)  
bezügl. der Exporte

steigende Produktivität  
steigende Exporte  
steigende Devisenreserven  
steigende Guthaben bei der EZU

**GLÄUBIGERLÄNDER**  
z. B. Westdeutschland  
Belgien, Holland, Schweiz

Staaten mit:

Politik des „billigen Geldes“, Vollbeschäftigung, primäres Ziel, Nachgeben der Preis-Lohnbewegung

Starkes Steigen d. Lebenshaltungskosten, z. B. zw. 30—40% Schweden, Italien, Frankreich \*, Großbritannien \*  
zw. 40—65% Norwegen, Türkei, Island

Inflationistische Entwicklung „teuere Länder“

sinkende Exporte  
sinkende Produktivität  
sinkende Devisenreserven  
sinkende Guthaben bei der EZU  
steigende Importe

**SCHULDNERLÄNDER**  
z. B. Frankreich, Großbritannien \*, Italien, Griechenland \*\*

Bei gleichbleibenden Wechselkursen seit 1950

Gefahr für die Wirtschaft Europas

25% des Guthabens kann in Form eines Kredites gestundet werden

75% der Schulden muß in Gold bezahlt werden

Bei großen Unterschieden keine Lösung

Kapitalexport und Kredithilfe, weitere Zollsenkungen

Lohn- und Preisstop  
Erhöhung des Diskontsatzes

EZU

rät für:

zeitweilige Entliberalisierung  
Abwertung der Währung  
z. B. Frankreich 11. VIII. 1957

= letzter Ausweg, denn jede Änderung in der Wertrelation des Geldes hat psycholog. Folgen

\* Große Belastung durch militärische Aktionen (Suez, bzw. Algerien), durch Politik der Vollbeschäftigung und durch zu große Soziallasten.  
\*\* Einerseits sind die südeuropäischen Staaten lockende Absatzgebiete, andererseits sind sie sehr kapitalarm. Zahlungsbilanzausgleichende Kredite ersetzen die Zahlungsfähigkeit.

sie auf dem engen Boden Europas stärkere Akzente, sind nur äußerst schwer und nur in längeren Zeitperioden einer Lösung zuzuführen<sup>24</sup>.

Erstes Ziel war die Liberalisierung. In 10jähriger Arbeit gelang es der OEEC schrittweise die mengenmäßigen Beschränkungen und Importverbote einzuschränken. Mit 90% iger Liberalisierung innerhalb des OEEC-Raumes sind vorläufig alle Möglichkeiten erschöpft. Auch auf dem Geldsektor sind große Fortschritte erreicht worden (siehe EZU). Aus dem Chaos des Krieges wurde ein Maximum an Freiheit erarbeitet, eine Freiheit, die man 1945 nicht zu hoffen gewagt hatte. Jeder Vorteil trägt aber auch in sich Nachteile. Diese sind hier die weitestgehenden gegenseitigen Abhängigkeiten aller beteiligten Staaten, solange noch keine wirkliche Einheit Europas entstanden ist. Störungen innerhalb eines Staates sind sofort in allen anderen zu spüren, größte Vorsicht ist daher notwendig

Wo wäre aber Europa ohne Zusammenarbeit?

1. Problem: Die Agrarfrage<sup>25</sup>. Eine „Agrar-Union“ erwies sich derzeit als unmöglich. Die Landwirtschaft aller europäischen Staaten steht noch immer außerhalb der liberalen Spielregeln, d. h. sie werden aus der Konkurrenz herausgehalten. Es sind die „nationalen Methoden“ der Subventionierung, der Doppelpreise und Importregelungen. Die Bauern verlangen Preis- und Absatzgarantien, die Produktivität ist zu gering, um ohne Schutzmaßnahmen den Anschluß an die Wohlstandsentwicklung anderer Stände zu finden. Eine Aufhebung der Schutzbestimmungen hätte entweder eine ständige Verteuerung der Lebensmittel, oder eine katastrophale Landflucht zur Folge. Es bleibt also nichts übrig, als den Agrarsektor wie den öffentlichen Dienst, ohne Rücksicht auf Rentabilität zu erhalten. Die OEEC bemühen sich, trotzdem diesen Zustand zu verbessern — durch bessere Warenverteilung, Lockerung der Importe, saisonmäßige Teilliberalisierung und durch Mindestpreise; denn Krisen nehmen sehr oft vom Agrarsektor ihren Ausgang.

2. Problem: Die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsstrukturen der europäischen Staaten führen zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Dies leitet zur EZU, zur „Europäischen Zahlungsunion“ über, einer Übergangsinstitution bis zur Wiederherstellung der Konvertibilität. Trat in einem Land eine negative Zahlungsbilanz auf, so schaltete sich die EZU ausgleichend dazwischen. 50% des Fehlbetrages mußte mit Gold abgegolten werden, 50% übernahm die EZU auf dem Kreditweg aus den Mitteln der USA und der Mitgliederquoten. Ab August 1955 wurde die Goldzahlung auf 75% erhöht, um sich stufenweise dem Mechanismus der Konvertibilität anzunähern. Man spricht daher von einer  $\frac{3}{4}$ -Konvertierbarkeit. Dies ist natürlich ein großer Erfolg, jedoch haben sich andere Schwierigkeiten eingestellt. In einem Tafelbild lassen sie sich sehr gut verdeutlichen (siehe Seite 265).

So rundet sich das Bild von den Bemühungen um den Aufbau einer freien Weltwirtschaft, um die Erhaltung des erreichten Wohlstandes. Man erkennt ein allgemeines Bestreben, solid, friedlich und vor allem gemeinsam zu wirtschaften. Weltwirtschaft, im eigentlichen Sinn des Begriffes, bedeutet Weltfrieden.

<sup>24</sup> Wie Anm. 12.

<sup>25</sup> Deutsche Zeitung. 19. 1. 1957.

<sup>26</sup> Wie Anm. 12.

<sup>27</sup> Basler Nachrichten. 30. 6. 1957.

<sup>28</sup> Die Presse. 11. u. 15. 8. 1957.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1957

Band/Volume: [99](#)

Autor(en)/Author(s): Brunbauer Kurt

Artikel/Article: [Die internationalen Wirtschaftsorganisationen 255-266](#)